



Netzverstärkung Main-Tauber

Erweiterung

380-kV-Leitung Kupferzell-Rittershausen, Anlage 0348

110-kV-Leitung Stalldorf-Königshofen, Anlage 0106

- Unterlage 8.4 -

Forstrechtliche Würdigung

- Abschnitt Bayern -

Vorhabenträger



Netze BW GmbH

Kriegsbergstraße 32

70174 Stuttgart

Telefon: 0711-289-48246

Telefax: 0711-289-83461

Ansprechpartner:

Katja Heesen



Pariser Platz / Osloer Straße 15 – 17

70173 Stuttgart

Telefon: 0711-21858-0

Telefax: 0711-21585-4405

Ansprechpartner:

Nadine Kiefer

Planfestgestellt mit Beschluss
der Regierung von Unterfranken
vom 28.10.2022
Nr. 22.2-3320.00-7/12

gez. Schuster
Oberregierungsrat



Bearbeitet durch



Ingenieur- und Planungsbüro **LANGE** GbR
Dipl.-Ing. Wolfgang Kerstan
Dipl.-Ing. Gregor Stanislawski

Carl-Peschken-Straße 12
47441 Moers
Telefon 02841-7905-0
Telefax 02841-7905-55

Ansprechpartner:

Julia Hooymann

Stand: Februar 2019

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	4
1.1	Begründung des Vorhabens	4
1.2	Rechtliche Grundlagen	4
2	Beschreibung der Waldinanspruchnahme	5
3	Beschreibung der direkt und indirekt betroffenen Waldflächen.....	8
3.1	Bestandsbeschreibung	8
3.2	Waldfunktionen	8
4	Hinweise zu den forstlichen Belangen	8
4.1	Prognose der Auswirkungen.....	8
4.2	Forstfachliche Minderungsmaßnahmen	8
4.3	Hinweise auf die forst- und naturschutzrechtliche Kompensation	9
5	Quellenverzeichnis	13

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	Längenprofil LA 0348 im Bereich des gequerten Waldgebietes (Waldkomplex Stöckach, Lindach, Herrenwald); Entnahme einzelner Gehölze bei Überschreiten der max. zulässigen Wuchshöhe	7
Abbildung 2	Erstaufforstungsmaßnahme Gemarkung Erbshausen.....	11
Abbildung 3	Aufforstungskonzept Erstaufforstung Gemarkung Erbshausen.....	12

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Beanspruchte Waldflächen	6
------------	--------------------------------	---

Plananlagenverzeichnis

Unterlage 8.4.1	Übersichtskarte Waldfunktionen	M 1:10.000
Unterlage 8.4.2	Detailplan	M 1:2.500
Unterlage 8.4.3	Ersatzaufforstung	M 1:2.000

1 Einleitung

Um die in der Region zunehmend erzeugte Energie aus Windenergieanlagen ins Transportnetz ausspeisen zu können planen die Netze BW GmbH und die Transnet BW GmbH den Ausbau bestehender Leitungsanlagen im Bereich des Main-Tauber-Kreises (Baden-Württemberg) und im Landkreis (LK) Würzburg (Bayern).

Die Leitungsanlagen 0106 und 0348 sollen jeweils um einen 110-kV-Stromkreis ergänzt werden. Auf der Leitungsanlage 0106 der Netze BW GmbH von Königshofen bis zum Umspannwerk in Stalldorf soll ein neuer 110-kV-Stromkreis auf einem bisher ungenutzten Ge-stängeplatz aufgelegt werden. Um die Leitungsanlage 0348 um einen 110-kV-Stromkreis ergänzen zu können ist es erforderlich eine weitere Traverse auf der bestehenden Anlage anzubringen. Dies betrifft den Leitungsabschnitt zwischen Elpersheim und Stalldorf (Gemeinde Riedenheim – Landkreis Würzburg). Die Einführung der 110-kV-Stromkreise in das neue Umspannwerk (UW) Stalldorf erfolgt über die neu zu errichtende 4-fach-Leitung 0106 Königshofen-Stalldorf auf bestehender Trasse. Die bestehenden 380-kV-Stromkreise der Leitungsanlage 0348 Kupferzell-Rittershausen werden über zwei neu errichtete Masten auf bestehender Trasse in das neue 380-kV-Umspannwerk Stalldorf eingeführt.

In Abstimmung mit der Regierung Unterfranken und dem Regierungspräsidium Stuttgart wird eine Antragsunterlage für beide Vorhaben zusammen erstellt, wobei die TransnetBW GmbH Antragstellerin ist.

Die für die geplante Erweiterung vorgesehenen Leitungsanlagen verlaufen durch die Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg. Die entsprechenden Unterlagen werden jeweils länderspezifisch erstellt.

Die vorliegende Unterlage betrachtet die Beurteilung forsthoheitlicher Belange der geplanten Arbeiten im Bundesland Bayern.

1.1 Begründung des Vorhabens

Die Unterlage 1 (Erläuterungsbericht) enthält neben der allgemeinen Projektbegründung detaillierte Angaben zum Bauvorhaben. Auf diese Belange wird daher in der forstrechtlichen Würdigung nicht näher eingegangen.

1.2 Rechtliche Grundlagen

Die forstrechtliche Würdigung ist Bestandteil des Antrags auf Planfeststellung und beinhaltet die entsprechenden forsthoheitlichen Belange oder verweist auf die entsprechende relevante Antragsunterlage.

Waldgesetz für Bayern (BayWaldG)

Wald im Sinne des BayWaldG (Art. 2) ist jede mit Waldbäumen bestockte oder nach den Vorschriften dieses Gesetzes wiederaufzuforstende Fläche, sowie u.a.

- Waldwege, Waldeinteilungs- und Waldsicherungsstreifen, Waldblößen und Waldlichtungen,
- mit dem Wald räumlich zusammenhängende Pflanzgärten, Holzlagerplätze, Wildäusungsflächen und sonstige ihm dienende Flächen.

Art. 9 Erhaltung des Waldes

(2) Die Beseitigung von Wald zugunsten einer anderen Bodennutzungsart (Rodung) bedarf der Erlaubnis. [...]

(4) Die Erlaubnis ist zu versagen, wenn

1. es sich um Schutz-, Bann- oder Erholungswald (Art. 10, 11, 12) oder ein Naturwaldreservat (Art. 12a) handelt, unbeschadet des Abs. 6,
2. der Rodung Rechtsvorschriften außerhalb dieses Gesetzes entgegenstehen.

(5) Die Erlaubnis soll versagt werden, wenn

1. die Rodung Plänen im Sinn des Art. 6 widersprechen oder deren Ziele gefährden würde,
2. die Erhaltung des Waldes aus anderen Gründen im öffentlichen Interesse liegt und dieses vor den Belangen des Antragstellers den Vorrang verdient.

(6) Die Erlaubnis ist zu erteilen

1. im Schutzwald, sofern Nachteile für die Schutzfunktion des Waldes nicht zu befürchten sind,
2. im Erholungswald, wenn die Erholungsfunktion des Waldes nicht geschmälert wird.

(7) Wenn zwingende Gründe des öffentlichen Wohls es erfordern, kann die Erlaubnis auch erteilt werden, wenn die in Abs. 6 genannten Voraussetzungen nicht vorliegen oder nicht geschaffen werden können oder es sich um ein Naturwaldreservat handelt.

(8) Soweit in Satzungen, Planfeststellungsbeschlüssen, Genehmigungen und sonstigen behördlichen Gestattungen auf Grund anderer Gesetze die Änderung der Nutzung festgelegt oder zugelassen ist, bedarf es keiner Erlaubnis nach Abs. 2. In den Verfahren nach diesen Gesetzen sind die Abs. 4 bis 7 sinngemäß zu beachten.

2 Beschreibung der Waldinanspruchnahme

Im Rahmen des bündelnden Planfeststellungsverfahrens werden zur forstrechtlichen Würdigung des Vorhabens die eingriffsbedingten Waldinanspruchnahmen zusammenfassend aufbereitet. Hierdurch soll eine forstrechtliche Beurteilung des Vorhabens hinsichtlich von Waldeingriffsflächen und notwendiger waldbezogener Kompensationsmaßnahmen unmittelbar ermöglicht werden.

In der Plananlage zur vorliegenden Forstrechtlichen Würdigung sind im Maßstab 1:2.500 die konkret betroffenen Waldflächen eingezeichnet. Dargestellt sind nur die mit Forstpflanzen bestockten Grundflächen. Diese sind aufgeteilt in die jeweils von den Arbeitsflächen an den Maststandorten während der Bauzeit temporär beanspruchten Flächen sowie die im aufgrund geänderter Höhenrestriktionen im Schutzstreifen dauerhaft beeinträchtigten Waldflächen.

- Aufgrund geänderter Höhenrestriktionen im Schutzstreifen dauerhaft beeinträchtigte Waldflächen = Die Entnahme von Gehölzen im Schutzstreifen erfolgt für Einzelbäume, die den Sicherheitsabstand von 5 m zum unteren Leiterseil unterschreiten (vgl. Abb. 1). Die jeweils zulässige Höhe ergibt sich anhand des Standortes des Baumes. Sie ist im Bereich des maximalen Leiterseildurchhangs am geringsten und nimmt zu den Masten hin zu. Es ist durch ein sorgfältiges forstwirtschaftliches Vorgehen sicher zu stellen, dass Schäden am Waldbestand, dem Waldboden und der Fauna weitgehend vermieden werden.
- Waldeinschlag auf den Arbeitsflächen an den Maststandorten (Waldeinschlag temporär) = Freistellung von Arbeitsflächen an den Maststandorten - diese Flächen werden nach Abschluss der Leitungsbauarbeiten im Rahmen der Rekultivierung in Abstimmung mit den zuständigen Forstämtern / Eigentümern wieder aufgeforstet.
- Bei der forstrechtlichen Aufbereitung sind für alle Trassenabschnitte, in denen Waldflächen beansprucht werden, die betroffenen Flächen in den beigefügten Plananlagen dargestellt.

Die in den Plänen dargestellten und flächenmäßig quantifizierten Waldflächen sind als Eingriffs-Flächenwerte in der nachfolgenden Tabelle aufgeführt. Den Eingriffs-Flächenwerten werden danach die vorgesehenen Flächenwerte für waldbezogene Kompensationsmaßnahmen gegenübergestellt.

Die Flächenangaben in diesen Tabellen stimmen nicht zwingend genau mit den Flächengrößen der Eingriffsbilanzierung im Landschaftspflegerischen Begleitplan überein, da dort Forstflächen, deren Planungswert dem Biotopwert entspricht und die demgemäß keinen über die Arbeitsflächenrekultivierung hinausgehenden Kompensationsbedarf begründen, nicht enthalten sind.

Bei den nachfolgenden Flächenangaben handelt es sich um im GIS ermittelte Größen.

Tabelle 1: Beanspruchte Waldflächen

Gemarkung	Beeinträchtigung durch geänderte Höhenrestriktion im Schutzstreifen [m²]	Waldeinschlag temporär [m²]	Waldeinschlag gesamt [m²]
Buchenwald basenreicher Standorte	17.412	235	17.647

Gemarkung	Beeinträchtigung durch geänderte Höhenrestriktion im Schutzstreifen [m²]	Waldeinschlag temporär [m²]	Waldeinschlag gesamt [m²]
Mischbestand mit überwiegendem Laubbaumanteil	633	-	633
Mischbestand mit überwiegendem Nadelbaumanteil	1.005	-	1.005
Eichen-Sekundärwald	9.437	160	9.597
Eschen-Bestand	1.174	-	1.174
Gesamtergebnis	29.661	395	30.056

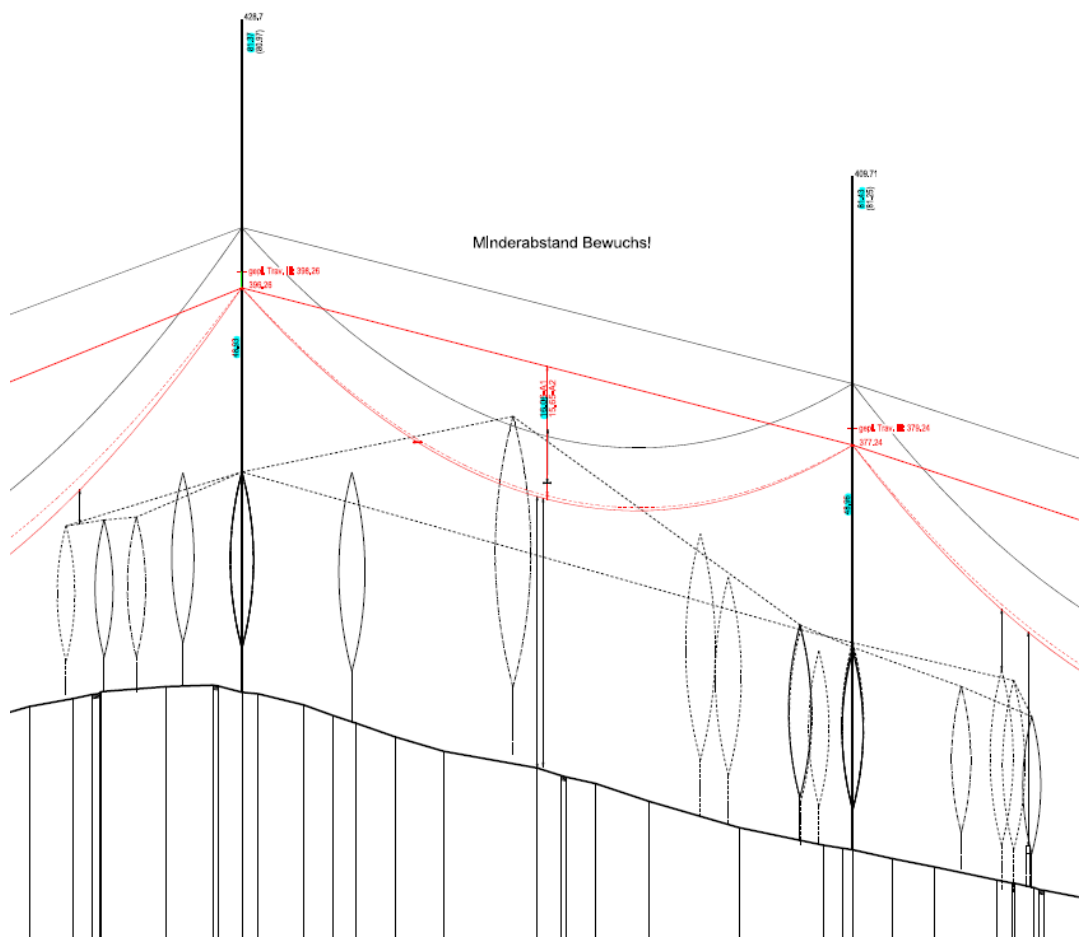


Abbildung 1 Längenprofil LA 0348 im Bereich des gequerten Waldgebietes (Waldkomplex Stöckach, Lindach, Herrenwald); Entnahme einzelner Gehölze bei Überschreiten der max. zulässigen Wuchshöhe

3 Beschreibung der direkt und indirekt betroffenen Waldflächen

3.1 Bestandsbeschreibung

Die Bestandeseinheiten sind in Form von Waldbiotoptypen im Landschaftspflegerischen Begleitplan erfasst (vgl. Unterlage 8.1 – UVP-Bericht mit LBP).

3.2 Waldfunktionen

Die Daten der Waldfunktionen können der Plananlage 8.4.1 entnommen werden.

Der in Anspruch zu nehmende Wald im Bereich nordwestlich Oberhausen (LK Würzburg) ist bereichsweise als Wald mit besonderer Bedeutung für den lokalen Klimaschutz ausgewiesen.

Die dargestellten Waldfunktionen sind - sofern erforderlich - in den jeweiligen Schutzgütern des UVP-Berichtes (Unterlage 8.1) berücksichtigt.

4 Hinweise zu den forstlichen Belangen

4.1 Prognose der Auswirkungen

Für den Bereich des Verlaufes der Bestandstrasse im Waldgebiet sind direkte Wirkungen im Bereich der Arbeitsflächen möglich. Durch das Anbringen einer weiteren Traverse wird der aus Sicherheitsgründen einzuhaltende Abstand zwischen den Leiterseilen und den Baumkronen unterschritten und dauerhaft reduziert. Dies macht die Entnahme der hochwachsenden Bäume aus dem Bestand erforderlich. Betriebsbedingt ergeben sich keine Änderungen durch die Ergänzung eines Stromkreises.

Die Auswirkungen des Vorhabens einschließlich der Freistellung der Arbeitsflächen sind im UVP-Bericht im Bereich der projektbezogenen relevanten Schutzgüter mit dargestellt (vgl. Unterlage 8.1).

4.2 Forstfachliche Minderungsmaßnahmen

Die in den Plananlagen dargestellten Arbeitsflächen (z.B. Zuwegungen) im Bereich von Waldbeständen werden z.T. nicht vollumfänglich in Anspruch genommen. Soweit möglich, sind in diesen Bereichen Maßnahmen zum Schutz der angrenzenden Gehölzbestände vorgesehen, die im Rahmen der Bauausführung mit der ökologischen Baubegleitung festgelegt werden. So werden beispielsweise Zuwegungen durch Wälder derart angelegt, dass angrenzende Bäume entsprechend ausgespart werden. Die an Arbeitsflächen oder Zufahrten angrenzenden Gehölze werden vor Beeinträchtigungen und Beschädigungen gemäß den Vorgaben der DIN 18920 („Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen“) geschützt. Dabei ist das Befahren, Aufgraben, Lagern von Materialien oder das Aufschütten von Aushub im Wurzelbereich von Bäumen

und Sträuchern zu vermeiden. Um dies zu gewährleisten sind Schutzzäune um den Hauptwurzelraum zu errichten bzw. Stammschutzmaßnahmen vorzusehen und während der Bauzeit vorzuhalten. Schutzzaun und Stammschutz werden nach Fertigstellung der Baumaßnahme entfernt.

Die an Arbeitsflächen und Zufahrten anschließenden Gehölze, die trotz entsprechender Schutzmaßnahmen erhebliche Vitalitätsverluste oder Beeinträchtigungen der Standfestigkeit erleiden und sich nicht vom Eingriff regenerieren werden entsprechend ersetzt.

Nach Abschluss der Baumaßnahme werden die Waldflächen im Bereich der Arbeitsflächen/ Zuwegungen entsprechend der standörtlichen Gegebenheiten in Abstimmung mit den zuständigen Forstbehörden sowie der Eigentümer wieder bepflanzt. Hierbei wird entsprechend geeignetes Saat- und Pflanzgut verwendet. Dies gilt gleichermaßen für die Anpflanzungen der forstrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen.

Sonstige dem Wald dienenden Flächen (z.B. Wege, Lichtungen) werden entsprechend des vorherigen Zustandes wieder hergestellt.

Detaillierte Angaben zu weiteren Minimierungsmaßnahmen können der Unterlage 8.1 (UVP-Bericht mit LBP) entnommen werden.

4.3 Hinweise auf die forst- und naturschutzrechtliche Kompensation

Der in Kapitel 2 ermittelte forstrechtliche Kompensationsbedarf kann über die nachstehenden Erstaufforstungsmaßnahmen vollumfänglich kompensiert werden. Die Maßnahmen sind in Plananlage 8.4.3 kartographisch dargestellt.

Erstaufforstungsmaßnahme Gemarkung Karlburg

Naturraum

Mainfränkische Platten

Landkreis

LK Main-Spessart

Stadt/ Gemeinde

Karlstadt

Gemarkung

Karlburg

Größe der Maßnahme

1,9583 ha

Flurstücks-Nr.

1888



Abbildung: Erstaufforstungsmaßnahme Gemarkung Karlburg

Maßnahmenbeschreibung

Ziel der Maßnahme ist die Entwicklung eines artenreichen naturnahen Laubmischwaldes auf einer derzeit ackerbaulich genutzten Fläche.

In enger Verzahnung mit angrenzenden Beständen wird nach entsprechender Bodenbearbeitung

die Anlage der Aufforstungsfläche nachhaltig, pfleglich und sachgemäß nach den anerkannten forstlichen Grundsätzen der ordnungsgemäßen Forstwirtschaft vorgenommen.

Es ist eine Aufforstung mit Laubholz 2/3 Rotbuche und 1/3 Traubeneiche mit Hainbuche im Nebenbestand (jede 5. Pflanze = 20 %) vorgesehen.

Die Maßnahme erfolgt in enger Abstimmung mit dem zuständigen Forstrevier.

Erstaufforstungsmaßnahme Gemarkung Erbshausen

Naturraum

Neckar- und Tauberland, Gäuplatten

Landkreis

LK Würzburg

Gemeinde

Hausen

Gemarkung

Erbshausen

Größe der Maßnahme

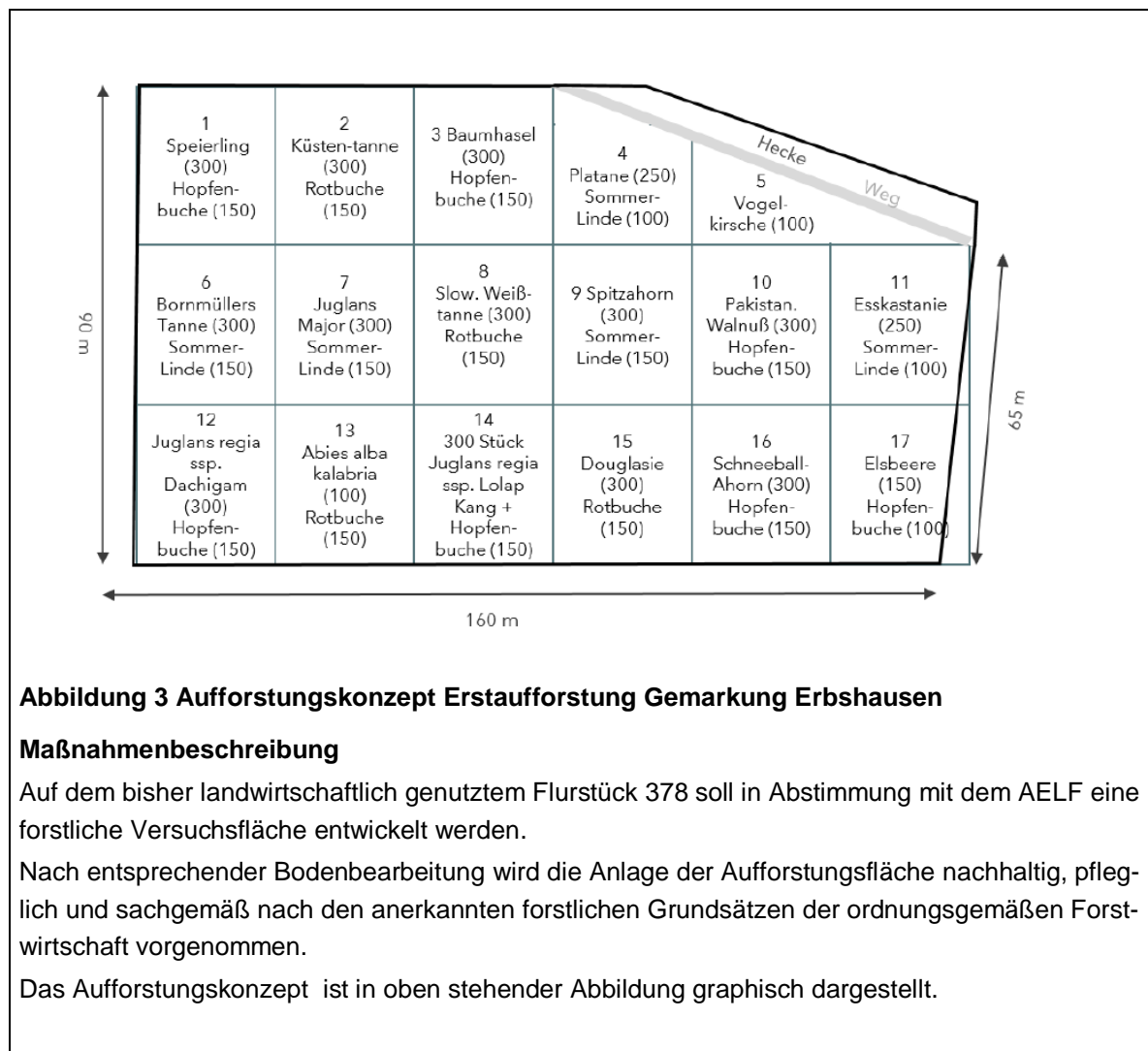
1,41 ha

Flurstücks-Nr.

378



Abbildung 2 Erstaufforstungsmaßnahme Gemarkung Erbshausen



5 Quellenverzeichnis

Bundeswaldgesetz (BundeswaldG) - Gesetz zur Erhaltung des Waldes und zur Förderung der Forstwirtschaft- vom 2. Mai 1975 (zuletzt geändert am 31.07.2010)

Waldgesetz für Bayern (BayWaldG) vom 22. Juli 2005 (zuletzt geändert am 22.07.2014)

Bayerisches Naturschutzgesetz (BayNatSchG) - Gesetz über den Schutz der Natur, die Pflege der Landschaft und die Erholung in der freien Natur vom 23.02.2011 (zuletzt geändert am 22.07.2014)